



## **Amtsgericht Duisburg**

### **Beschluss**

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

**Mittwoch, 19.05.2027, 13:00 Uhr,**

**2. Etage, Sitzungssaal C215, Kardinal-Galen-Straße 124-132, 47058 Duisburg**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Homberg, Blatt 380,**

**BV lfd. Nr. 1**

Gemarkung Homberg, Flur 17, Flurstück 979, Hof- und Gebäudefläche, Blücherstr. 3 a, Größe: 112 m<sup>2</sup>

versteigert werden.

Es handelt sich um ein ca. 1964 in Homberg Hochheide errichtetes, zweigeschossiges Einfamilienreihenhaus mit Unterkellerung. Der Dachgeschossausbau blieb unklar.

Die Grundstücksgröße beträgt 112 m<sup>2</sup>.

Das Einfamilienhaus unterteilt sich gemäß Grundriss im Erdgeschoss in Diele, WC, Küche, Wohnraum; Sitzplatz und im 1. OG in Diele, Bad, Elternschlafzimmer, Kinderzimmer 1, Kinderzimmer 2 und Balkon. Die Wohnfläche bemisst sich auf insgesamt ca. 84 m<sup>2</sup>

Die Liegenschaft vermittelte äußerlich einen durchschnittlich bis mäßig gepflegten Gesamteindruck. Stellenweise war Instandhaltungstau erkennbar. Eine Innenbesichtigung war nicht möglich.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 09.01.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

192.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.